

Staatsbildung und Demokratisierung in Georgien: Sind die Grenzen erreicht?

Einführung

Der russisch-georgische Krieg im August 2008 hat die Situation in und um Georgien dramatisch verändert. Das Thema „eingefrorene Konflikte“ wurde für den georgischen Staat zur Existenzfrage. Die Zentralregierung kontrolliert heute ein kleineres Gebiet als vor der Eskalation, nur wenige Dutzend Kilometer von der Hauptstadt Tiflis entfernt befinden sich reguläre russische Streitkräfte und die einzige Sicherheitsgarantie vor Ort ist die aus rund 200 unbewaffneten zivilen Beobachtern bestehende EU-Mission. Die Ereignisse vom August werden sich mit Sicherheit auch auf die georgische Innenpolitik auswirken.¹ Die politische Krise, die im November 2007 begonnen hatte und nach den Parlamentswahlen im Mai 2008 scheinbar beendet war, könnte mit neuen Akteuren und neuen Agenden wieder aufflammen. Die Regierung unter Präsident Micheil Saakaschwili versucht auf die neuen Herausforderungen an der innenpolitischen Front mit der Ankündigung einer neuen Demokratisierungswelle und Wirtschaftsreformen zu reagieren. Die zukünftige Entwicklung hängt davon ab, ob und inwieweit es Georgiens politischer Elite gelingt, statt Konfliktlösung wieder wirtschaftliche Entwicklung und Demokratisierung auf die Tagesordnung zu setzen. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den politischen Entwicklungen in Georgien vom Herbst 2007 bis zu den Parlamentswahlen im Mai 2008. Diese Entwicklungen zu kennen, kann auch dazu beitragen, die politische Situation in Georgien nach dem Augustkrieg besser zu verstehen.

Die Georgier sind stolz darauf, dass ihr Land als eines der fortschrittlichsten Reformländer der Welt anerkannt wird.² Gleichzeitig fragen sie sich jedoch, warum die Reformen in ihrem Privatleben noch nicht spürbar sind. Wann werden die von der Regierung als erfolgreich bezeichneten Reformmaßnahmen soziale Auswirkungen haben? Großbaustellen für neue Wolkenkratzer

-
- 1 Zum Augustkrieg und seinen Folgen siehe: Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development/CIPDD (Hrsg.), *After August 2008. Consequences of the Russian-Georgian War, Tiflis 2008*; auch unter: http://www.cipdd.org/index.php?lang_id=ENG&sec_id=7&info_id=316.
 - 2 Vgl. *Georgia in Top 20 Business-Friendly States – WB Report, Civil Georgia, 26. September 2007*, unter: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=15868>; vgl. ebenso: *Doing Business Ranking*, unter: <http://www.doingbusiness.org/economyrankings>. Im Bertelsmann Transformation Index ist Georgien im Status-Index (Stand der Entwicklung zu Demokratie und Marktwirtschaft) unter den „fortgeschrittenen Staaten“ (Platz 38) aufgeführt und fällt im Management-Index (politische Steuerung von Transformationsprozessen) in die Kategorie „erfolgreiche Staaten“ (Platz 23), siehe unter: www.bertelsmann-transformation-index.de.

und nagelneue Autos in der Hauptstadt Tiflis und in der Hafenstadt Batumi, die Restaurierung der historischen Stadt Signagi und der Bau der Autobahn zum Schwarzen Meer – das sind die Visitenkarten des neuen Georgien. Gleichzeitig sieht man Arbeitslosigkeit und Armut auf den Marktplätzen und in den Straßen der Großstädte und Dörfer; schöne Fassaden verbergen das schäbige Innere der Gebäude nur notdürftig und obwohl die Stromversorgung stabil ist, können sich viele Menschen noch keinen Strom leisten.

Was ist aus der Rosenrevolution von 2003 geworden? Hat sich die Staatsbildung in Georgien stabilisiert? Wie beurteilen die Bürger die Entwicklung ihres Landes? Stehen Staatsbildung und Demokratisierung zueinander im Konflikt? Sind die Grenzen schon erreicht? In diesem Artikel werden kurz die wichtigsten Entwicklungstendenzen seit der Rosenrevolution dargestellt, um anschließend die Gründe für die politische Krise, die im Herbst 2007 begann, zu analysieren. Dabei wird auf die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Januar 2008 und auf den Wahlkampf vor den Parlamentswahlen im Mai desselben Jahres näher eingegangen. Abschließend wird nach den Grenzen von Staatsbildung und Demokratisierung in Georgien gefragt. Ziel ist es, zu zeigen, dass die Transformation Georgiens zwar schwierig, aber nicht aussichtslos ist, und dass sie weiterer Unterstützung bedarf, vor allem in Form solider Sicherheitsgarantien seitens der demokratischen Welt.

Vier Jahre nach der Rosenrevolution: Ein „Déjà-vu-Erlebnis“³?

Im Oktober und November 2007 versammelten sich Zehntausende von Menschen vor dem Parlamentsgebäude in Tiflis. Alles war genauso wie vier Jahre zuvor: Die Massenkundgebungen wurden von einem Bündnis der Oppositionsparteien organisiert, die Demonstrationen wurden live im Fernsehen übertragen und die Demonstranten warfen der Regierung Autoritarismus und Korruption vor. Die Ähnlichkeiten mit der Rosenrevolution⁴ waren jedoch nur oberflächlich und ließen die wahren Gründe für die erneute politische Krise nur schwer erkennen.

Der größte Unterschied im Vergleich zu 2003 bestand darin, dass es diesmal keinen Wahlbetrug gegeben hatte – im Herbst 2007 hatten gar keine Wahlen stattgefunden. Die Opposition protestierte zwar gegen die Verschiebung des Termins für die Parlamentswahlen vom Frühjahr auf den Herbst 2008 und die Durchführung der Wahlen im Frühjahr wurde letztendlich auch zu einer der zentralen Forderungen gegenüber der Regierung; die Frage des Wahltermins war jedoch nicht der Auslöser der Proteste. Der Beschluss zur Verschiebung der Parlamentswahlen war bereits im Dezember 2006 gefasst und per Verfas-

3 Ketik Tsikhelashvili, Georgia Four Years after Rose Revolution, in: Turkish Policy Quarterly, Herbst 2007, S. 118-136.

4 Vgl. zur Rosenrevolution Jonathan Wheatley, Georgia from National Awakening to Rose Revolution: Delayed Transition in the Former Soviet Union, Aldershot/Burlington 2005.

sungsänderung verabschiedet worden, ohne seinerzeit eine Protestwelle zu verursachen.⁵

Als Hauptauslöser der Proteste gelten vielmehr zwei Personen: der ehemalige Verteidigungsminister Irakli Okruaschwili und der in den 90er Jahren in Russland zum Oligarchen aufgestiegene Badri Patarkazischwili, ein Freund von Boris Beresowski. Okruaschwili, einst engster Mitstreiter Saakaschwilis, verließ die Regierung im November 2006, wahrscheinlich nach internen Auseinandersetzungen im Lager des Präsidenten. Er hielt sich zunächst im Hintergrund. Seine Rückkehr in die Politik im September 2007 begann dann jedoch mit einem Paukenschlag: In einem Interview mit dem Fernsehsender *Imedi* („Hoffnung“), der Patarkazischwili gehörte, beschuldigte Okruaschwili Präsident Saakaschwili schwerer Verbrechen und legte ihm u.a. die Planung eines Attentats auf Patarkazischwili zur Last.⁶ Die Regierung reagierte mit der Verhaftung Okruaschwilis, dem sie Korruption und Machtmissbrauch vorwarf. Nach mehreren Tagen im Gefängnis zog Okruaschwili seine Anschuldigungen zurück und sprach stattdessen von einem Komplott, das er zusammen mit Patarkazischwili geplant habe. Okruaschwili wurde auf Kautions aus der Haft entlassen und verließ Georgien – nach Angaben einiger Quellen nicht ohne die Hilfe georgischer Sicherheitsorgane.⁷

Okruaschwilis Verhaftung löste eine Serie von Massenkundgebungen aus. Die größte der Demonstrationen fand am 2. November statt.⁸ Badri Patarkazischwili reiste eigens von seinem zweiten Wohnort London nach Tiflis, um direkt mit den Demonstranten zu sprechen. Er räumte ein, die Ereignisse schon seit langem geplant zu haben. Auch wenn er nicht genauer erläuterte, was er mit „Vorbereitungen“ meinte, wurde die Rolle, die dem Fernsehsenders *Imedi* zugeordnet war, in den nächsten Tagen offensichtlich: Der Sender sollte durch gezielte Berichterstattung eine Mobilisierungs- und Koordinierungsfunktion übernehmen und damit den Regierungswechsel vorbereiten. Patarkazischwili ging wahrscheinlich schon 2006 auf Kollisionskurs mit der Regierung, als klar wurde, dass er nicht in allen Bereichen freie Hand bekam. Genau das aber war er gewohnt, zunächst in Russland, wo er Seite an Seite mit Beresowski illegal Milliarden scheffelte, und später in Georgien unter

5 Gemäß der Verfassungsänderung sollten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Zukunft jeweils im Herbst des entsprechenden Wahljahres stattfinden. 2008 sollten beide Wahltermine zusammenfallen. In Regierungskreisen wurde die Entscheidung mit einem Konsolidierungsbedarf insbesondere angesichts außenpolitischer Herausforderungen gerechtfertigt; die Opposition sprach hingegen von einem Versuch der Macht usurpation durch die aktuelle Parlamentsmehrheit.

6 Vgl. Okruashvili Breaks Silence by Lashing Out at Saakashvili, *Civil Georgia*, 25. September 2007, unter: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=15861>.

7 Okruaschwili setzte seinen Kampf gegen Saakaschwili fort, verlor jedoch aufgrund seiner gezeigten „Reue“ und nach der Veröffentlichung von Aufzeichnungen seiner Vernehmung an Popularität. Er lebt heute in Frankreich, wo ihm politisches Asyl gewährt wurde. Ein Gericht in Tiflis verurteilte ihn in Abwesenheit zu einer elfjährigen Haftstrafe. Mit dem Urteil sollte offensichtlich seine Teilnahme an den Parlamentswahlen im Mai 2008 verhindert werden.

8 Die Angaben schwanken zwischen 50.000 und 100.000 Teilnehmern.

Eduard Schewardnadse, wohin er 2001 zurückgekehrt war, nachdem Wladimir Putin begonnen hatte, Beresowski und seine Freunde ins Visier zu nehmen. Saakaschwilis Regierung soll zuletzt im Sommer 2007 versucht haben, mit Patarkazischwili ins Geschäft zu kommen, als der Betrieb der Georgischen Eisenbahn an die *Parkfield Investment Ltd.* übergeben werden sollte – aller Wahrscheinlichkeit nach eine Scheinfirma, hinter der nach unterschiedlichen Angaben Patarkazischwili gestanden haben soll. Es ist unklar, welche Gegenleistung Patarkazischwili dafür erbringen sollte – Loyalität oder gar den Verzicht auf den Fernsehsender *Imedi*.⁹

Im Herbst 2007 vereinten sich hinter Patarkazischwili und Okruaschwili mehrere Oppositionsparteien, denen es bis dahin nicht gelungen war, die Massen zu mobilisieren, und die der Regierungspartei in allen Wahlen seit 2004 unterlegen gewesen waren. Okruaschwili sollte die Rolle des neuen charismatischen Anführers, des Herausforderers von Saakaschwili, spielen, während Patarkazischwilis Aufgabe vor allem in der finanziellen und politotechnologischen Unterstützung der Opposition, vor allem durch die Medien, bestand.

Anders als 2003 konnte sich die Opposition jedoch nicht auf die Ziele der Massenkundgebungen einigen. Die Forderungen der Demonstranten reichten von der Durchführung von Parlamentswahlen im Frühjahr 2008 bis zum Rücktritt Saakaschwilis. Die Oppositionsführer waren unentschlossen, ob sie das Déjà-vu-Erlebnis der Rosenrevolution zum Ende bringen sollten oder nicht. Die Zweifel waren teilweise auch darauf zurückzuführen, dass die Regierung Saakaschwili im Unterschied zur Regierung Schewardnadse weder diskreditiert noch kampfes müde war. Saakaschwili war als Präsident noch immer populär und die Sicherheitskräfte waren bestens motiviert und bereit, die verfassungsrechtliche Ordnung zu schützen.

Die Neuauflage der Rosenrevolution schien zu scheitern. Nachdem die Kundgebungen am 2. November ihren Höhepunkt erreicht hatten, hielten sie zwar zunächst noch an, die Zahl der Demonstranten ging jedoch im Laufe der nächsten Tage drastisch zurück. Am Morgen des 7. November räumte die Polizei den Platz vor dem Parlamentsgebäude von den letzten verbliebenen Demonstranten. Als sich erneut Demonstranten zu sammeln begannen, gingen Sondereinheiten mit Tränengas, Gummigeschossen und Wasserwerfern gegen sie vor. Durch den teilweise unangemessenen Einsatz von Gewalt seitens der Polizei eskalierte die Situation. Die Demonstranten wichen auf ein anderes Stadtviertel aus; die Auflösung der erneuten Versammlung glich mehr einer Schlacht als einem Polizeieinsatz.¹⁰ Noch am selben Abend wurde der Fernsehsender *Imedi*, der die Demonstrationen *live* übertrug und die Koordinierung der Aktionen fortsetzte, von Sondereinheiten gestürmt und ge-

9 Vgl. Patarkatsishvili Denies Swapping Imedi TV for Railway, in: Civil Georgia, 10. September 2007, unter: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=15768>.

10 Am 7. November wurden insgesamt 508 Menschen, darunter auch Polizisten, verletzt. Vgl. Tsikelashvili, a.a.O. (Anm. 3), S. 126.

geschlossen. Der lokale Sender *Kawkasia* wurde ebenfalls abgeschaltet. Kurz danach wurde der Ausnahmezustand ausgerufen.

Schocktherapie mit Arroganz und ohne Schmerzmittel

Das Vorgehen der Regierung am 7. November 2007 ist nur schwer nachvollziehbar. Warum trug sie noch zur Eskalation der Krise bei, als die Demonstrationen bereits abebbten und keine erkennbare Gefahr mehr bestand? Die politische Krise vom Herbst 2007 und insbesondere die Ereignisse des 7. November legen Versäumnisse der Saakaschwili-Regierung offen – schmerzhaft Reformen wurden mit Arroganz und ohne jegliche soziale Abfederung durchgesetzt.

Als Saakaschwili 2004 mit 96 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde, erwartete man sowohl in Georgien als auch im Westen rasche Lösungen für komplexe Probleme: die Stärkung des Staates, die Konsolidierung der Demokratie, Wirtschaftswachstum und die Verbesserung der sozialen Lage. Weitere Probleme, die einer Lösung bedurften, waren die „eingefrorenen“ Konflikte in Abchasien und Südossetien sowie die faktische Unabhängigkeit der autonomen Republik Adscharien. Die Wiederherstellung der Kontrolle über Adscharien durch die Zentralmacht im Mai 2004 wurde als erster Erfolg der Regierung gefeiert; ihr folgte jedoch im Sommer desselben Jahres in Südossetien ein Debakel.¹¹

Aus dem obengenannten Problemkomplex wählte die Regierung *Staatsbildung* und *wirtschaftliche Liberalisierung* als vorrangige Ziele aus. Durch die drastische Straffung der staatlichen Verwaltung konnte die Finanzierung des Staatsapparats auf eine stabile Basis gestellt werden. Der dadurch ermöglichte systematische Anstieg der Gehälter und eine solide soziale Absicherung machten den Staatsdienst für junge und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv, was wiederum zu einer Stärkung der staatlichen Institutionen führte.¹² Auch wenn die Bürokratie noch weiterer Stabilisierungsmaßnahmen bedarf, stehen die staatlichen Einrichtungen heute deutlich besser da als noch 2003;

11 Vgl. Marietta König, Der georgisch-südossetische Konflikt, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2004, Baden-Baden 2004, S. 253-266; David Aphrasidse, Der neue Nationalismus in Georgien: Chancen für eine erfolgreiche Staatsbildung? in: ebenda, S. 193-204. Zu den Konflikten in Georgien siehe auch weitere Beiträge in diesem Band. Vgl. ebenso Marietta König, Statt „eingefroren“ nun brandheiß: Konfliktlösung in Georgien nach dem Machtwechsel, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2006, Baden-Baden 2007, S. 91-104; dies., Auswirkungen der Kosovo-Statusverhandlungen auf das Verhältnis zwischen Russland und der EU sowie auf die *De-facto*-Staaten im postsowjetischen Raum, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2007, Baden-Baden 2008, S. 39-53.

12 Darunter waren auch viele Aktivisten nichtstaatlicher Organisationen, was zu einer relativen Schwächung der Zivilgesellschaft beitrug. Vgl. Ghia Nodia, *Civil Society Development in Georgia: Achievements and Challenges*, Tiflis 2005, S. 16-17.

Indikatoren dafür sind die renovierten und gut ausgestatteten Gebäude der Ministerien und mancher regionalen und lokalen Verwaltung. Gleichzeitig führten diese Maßnahmen jedoch zu umfangreichen Entlassungen und Kürzungen – allein bei der Polizei wurden rund 54.000 Beamte entlassen. Einige der Entlassenen und ihre Familien hatten fortan kein finanzielles Einkommen mehr und waren sozial nicht abgesichert; die Reformen assoziierten sie lediglich mit einer „Wachablösung“ der herrschenden Eliten. Der Staat verfügte über keinerlei finanzielle Ressourcen zur Milderung der sozialen Lage der am stärksten Betroffenen, gab sich gleichzeitig aber auch keine Mühe, die Reformen allgemeinverständlich darzustellen und den Bürgern die Ziele der Reformen zu erläutern.

Ein weiterer und noch schmerzhafterer Fall war die Reform der Hochschulen. Obwohl sie nicht weniger korrupt und paralysiert waren als die Polizei, waren die Hochschulen in der Vorstellung der Bevölkerung nicht im selben Maße diskreditiert. Im Gegenteil, viele Professoren besaßen weitreichende Autorität. In einem ersten Reformschritt wurden für die Zulassung zum Hochschulstudium landesweit standardisierte Aufnahmeprüfungen eingeführt und die Zahl der Hochschulen durch ein Lizenzierungssystem begrenzt. Darüber hinaus legte das neue Hochschulgesetz eine Befristung der Professuren und ein öffentliches Ausschreibungsverfahren für die Einstellung neuer Professoren fest. Die Folge der Reform war ein Generationenstreit an den georgischen Hochschulen. Das Bildungsministerium machte keinen Hehl daraus, dass eines der Ziele der Reform die Ersetzung älterer Professoren war, die es als korrupte Relikte der Sowjetära betrachtete, die modernen Herausforderungen nicht gewachsen seien. Eine Gruppe sogenannter „protestierender Professoren“ schloss sich mit Politikern der Opposition zusammen und organisierte mehrere Protestaktionen im Frühjahr und Sommer 2007. Sie warfen ihrerseits der Regierung vor, die Universitäten und das Bildungssystem in Georgien ruinieren zu wollen und dabei „westlichen Anweisungen“ zu folgen.

Um die Wirtschaft anzukurbeln und die Investitionsbereitschaft zu fördern, zog sich der Staat aus der Regulierung der Wirtschaft zurück und schaffte eine Reihe von Lizenzen und Steuern ab. Ein wichtiger Schritt hierzu war die Verabschiedung eines neuen arbeitgeberfreundlichen Arbeitsgesetzes, das u.a. Kündigungen erleichterte und die Steuerlast auf die Arbeitnehmer verlagerte. Dies führte jedoch erneut zu sozialer Unzufriedenheit. Die Regierung verzichtete zudem zwar auf ihre Regulierungsfunktion, wollte aber dennoch dem aus früheren Zeiten herrührenden Chaos im Bauwesen und in der Stadtplanung ein Ende setzen. Dies wiederum kollidierte mit Eigentumsrechten; allein in der Hauptstadt Tiflis wurden 2006 Dutzende Cafes und Restaurants sowie Hunderte von Autowerkstätten und sogar ein Wohnhaus enteignet und abgerissen.¹³

13 Zu Verletzungen der Eigentumsrechte vgl. Human Rights in Georgia. Report of Public Defender of Georgia: Second Half of 2006, Tiflis 2007, S. 97-117.

Diese und andere Konflikte zeigten die Arroganz der Machthaber: Nur sie kannten die Ziele ihrer Politik, nur sie waren entsprechend informiert und nur sie konnten deshalb auch über die Methoden zur Umsetzung ihrer Politik angemessen entscheiden. Kritik war entweder „unprofessionell“ oder „feindlich“. ¹⁴ Das Problem ging Hand in Hand mit einem völligen Misstrauen der politischen Akteure untereinander. Das Fehlen von Vertrauen, der Basis jeglicher Kooperation, ist in der postsowjetischen Realität nichts Neues. Auch in Georgien haben wissenschaftliche Studien gezeigt, dass politische Parteien und Gruppen sich gegenseitig misstrauen und in den Kategorien eines Nullsummenspiels denken. ¹⁵

Derartige Konflikte zwischen Staat und Gesellschaft können demokratische Systeme ins Wanken bringen. In konsolidierten demokratischen Systemen stellen *Gerichte* Kanäle zur Konfliktregulierung dar. Ein wichtiges Versäumnis der Regierung nach den Ereignissen des Jahres 2003 war daher der Aufschub der Reform des Justizsystems, die als letzte der Reformen der staatlichen Institutionen in Angriff genommen wurde. ¹⁶ Heute sind die Gerichte zwar in technischer und finanzieller Hinsicht gestärkt, genießen aber weder bei der Bevölkerung noch bei der Exekutive ausreichende Autorität. Die Funktion, die Macht Letzterer einzuschränken, wird von ihnen noch nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen.

Von den Präsidentschafts- zu den Parlamentswahlen: Die Krise überwinden?

Der 7. November hat gezeigt, dass es der Regierung relativ erfolgreich gelungen war, staatliche Institutionen, insbesondere Sicherheitsstrukturen, zu schaffen. Als weniger erfolgreich erwies sie sich hingegen dabei, der Bevölkerung die Reformziele zu vermitteln. Auch war sie nicht willens, sich auf ein langweiliges politisches Spiel mit der Opposition einzulassen.

Am 8. November kündigte Präsident Saakaschwili für den 5. Januar 2008 vorgezogene Präsidentschaftswahlen und ein Plebiszit über einen Termin für die Parlamentswahlen an. Der Ausnahmezustand wurde am 16. November aufgehoben und der Wahlkampf begann. Die Opposition konnte sich zwar nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, dennoch wurde der Parlamentsabgeordnete und ehemalige Geschäftsmann Lewan Gatschetschiladse

14 „Georgien muss einen Durchbruch erzielen. In einem solchen Fall bleibt nicht viel Zeit zum Diskutieren um des Diskutierens willen. Wir haben 100 Meter zu laufen; wir werden das in einem Zug tun. Dann können wir uns zurücklehnen und entspannen“ – so ein Angehöriger der Parlamentsmehrheit im privaten Gespräch mit dem Autor.

15 Vgl. Pondi gia sazogadoeba sakartvelo, sakartvelos politikuri elita: khedvebi da girebulebebi [Open Society Georgia Stiftung, Politische Elite Georgiens: Einstellungen und Werte], Tiflis 2007, S. 17-20.

16 Das Fehlen eines leistungsfähigen Justizsystems ist ein häufig genanntes Defizit des neuen georgischen Staates. Allerdings wird oft vergessen, dass die georgische Justiz niemals unabhängig gewesen war und dass die scheinbare Unabhängigkeit der Gerichte in postsowjetischer Zeit stets von Korruption begleitet war.

zum Haupttherausforderer Saakaschwili. Hinter ihm vereinigten sich alle diejenigen Parteien, die von Oktober bis November die Proteste organisiert hatten, ausgenommen die Georgische Arbeiterpartei, die mit ihrem Vorsitzenden Schalwa Natelaschwili einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellte. Badri Patarkazischwili, die treibende Kraft hinter der vereinten Opposition, trat ebenfalls als Kandidat an.¹⁷

Der Wahlkampf war von einer starken Polarisierung und gegenseitigen Anschuldigungen geprägt. Die Versuche, den Gegner zu diskreditieren, die bereits am 7. November begonnen hatten, setzten sich fort. Das Innenministerium veröffentlichte Tonbandaufzeichnungen von Telefongesprächen Badri Patarkazischwilis und des Leiters seines Wahlkampfteams mit einem hochrangigen Beamten des Ministeriums, in denen Patarkazischwili versuchte, einen „sanften“ Umsturz in Georgien zu organisieren. Diese Aktion war ein schwerer Schlag für die Opposition, die nun gezwungen war, sich von Patarkazischwili zu distanzieren. Darüber hinaus stellten die Journalisten des am 12. Dezember wieder auf Sendung gegangenen Fernsehsenders *Imedi* ihre Arbeit bis zur Klärung der Situation ein,¹⁸ was für die Regierung im Medienwahlkampf von unschätzbarem Vorteil war.

Trotz der politischen Polarisierung verliefen der Wahlkampf und die Wahl selbst ohne gewaltsame Zwischenfälle. Die Wahlen wurden von mehreren internationalen Organisationen beobachtet. Die Zentrale Wahlkommission erklärte Micheil Saakaschwili bereits nach dem ersten Wahlgang mit 53,47 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Sieger. Die Opposition weigerte sich die Wahlergebnisse anzuerkennen und drohte mit Massendemonstrationen. Die Wahlbeobachtungsmission der OSZE hingegen erkannte die Wahlergebnisse an, wies aber auf einige ernst zu nehmende Mängel, insbesondere bei der Stimmenauszählung, hin.¹⁹

Nach der internationalen Anerkennung der Wahlergebnisse änderte die Opposition ihre Taktik und erklärte, dass sie die bevorstehenden Parlamentswahlen, die entsprechend dem Ergebnis des Plebiszits am 21. Mai stattfinden sollten, als „zweite Runde“ der Präsidentschaftswahlen betrachtete. Zwischen der Parlamentsvorsitzenden Nino Burdschanadse und Vertretern der vereinten Opposition wurden Verhandlungen über die Zusammensetzung der Wahlkommission, die Festlegung des Wahlsystems und die Aufklärung der Novemberereignisse aufgenommen. Die Gespräche weckten zunächst die Hoffnung, dass sich die politischen Kräfte auf grundsätzliche Spielregeln einigen, ihr gegenseitiges Misstrauen überwinden und die politische Krise lösen könnten. Nach anfänglichen Erfolgen scheiterten die Gespräche jedoch. Ein Teil

17 Weitere Kandidaten waren David Gamkrelidse von der Partei Neue Rechte sowie Giorgi Maisaschwili und Irina Sarischwili-Tschanturia.

18 Vgl. *Imedi TV Suspends Broadcasts*, in: *Civil Georgia*, 26. Dezember 2007, unter: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=16679>.

19 Vgl. *OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Georgia. Extraordinary Presidential Elections, 5 January 2008, OSCE/ODIHR Election Observation Mission, Final Report*, Warschau, 4. März 2008, unter: http://www.osce.org/documents/odihr/2008/03/29982_en.pdf.

der Opposition verließ den Verhandlungstisch und begann mit der Begründung, die Regierung habe keine Interesse an einem Kompromiss, einen Hungerstreik.²⁰ Dieser Entschluss kann jedoch auch als Versuch der Opposition verstanden werden, ihre Anhänger erneut zu mobilisieren. Dies erwies sich allerdings als Fehlschlag: Im Unterschied zu den Aktionen im November und den Massenkundgebungen unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen im Januar versammelten sich nur wenige Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude. Nach dem erfolglosen Hungerstreik beendete die Opposition die Demonstrationen und konzentrierte sich auf den Wahlkampf. Ähnlich wie vor den Präsidentschaftswahlen gelang es der Opposition auch diesmal nicht, eine übergreifende Koalition zu bilden. Die Konkurrenz der von der aus neun Parteien gebildeten „Vereinten Opposition“, der Georgischen Arbeiterpartei, der Republikanischen Partei Georgiens, der neu gegründeten Christlich-Demokratischen Partei und anderen weniger wichtigen Parteien aufgestellten Kandidaten verschaffte der regierenden Vereinten Nationalen Bewegung einen erheblichen Vorteil.

Wie erwartet konnte sich die Regierungspartei im neuen Parlament die absolute Mehrheit sichern. Mit den Parlamentswahlen endete auch die Einheit der „Vereinten Opposition“, da einige Oppositionsführer sich weigerten das Parlament zu betreten und der Regierung Wahlbetrug vorwarfen, während andere sich dazu entschlossen ihre Sitze im Parlament einzunehmen und nun damit begannen ihre ehemaligen Verbündeten zu kritisieren. Mit der Wahl des neuen Parlaments fand die seit Oktober 2007 andauernde politische Krise ein Ende. Ausgangspunkt erneuter politischer Auseinandersetzungen werden vermutlich die Ereignisse vom August 2008 sein.

Sind die Grenzen erreicht? Auf der Suche nach Sicherheit

US-Präsident George W. Bush lobte Georgien während seines Besuchs in Tiflis im Mai 2005 als „Leuchtturm der Demokratie“. Umso unerwarteter und unerklärlicher waren daher für viele, auch amerikanische Beobachter die Ereignisse im November 2007. Hatte die Rose schließlich doch Dornen? Die Entwicklungen in Georgien bestätigen einmal mehr, dass die Transformation ein schwieriger und langer Prozess ist, der sich nicht an theoretische Modelle hält: Staatsbildungsprozesse, die Liberalisierung der Wirtschaft und Demokratisierung kollidieren nur allzu oft miteinander und es ist großes Fingerspitzengefühl notwendig, um eine vernünftige Balance zwischen ihnen zu gewährleisten. Der noch schwache georgische Staat und seine noch fragile Demokratie befinden sich in einer äußerst schwierigen Phase der Entwicklung:

20 Im Februar 2008 starb Badri Patarkazischwili in London. Trotz diverser Verschwörungstheorien stellte die britische Polizei einen Herzanfall als Todesursache fest. Nach seinem Tod schätzte die Regierung die Verhandlungsposition der Opposition als geschwächt ein und sah sich nicht mehr gezwungen, Forderungen der Opposition nachzukommen, was ebenfalls zum Scheitern der Gespräche beitrug.

Zwei Wahlen hatten vor dem Hintergrund der Gefahr einer erneuten Eskalation in den Konfliktgebieten und des entschlossenen Versuchs Russlands, Georgiens euro-atlantische Perspektiven zunichte zu machen, zu einem erbitterten Machtkampf geführt.

Im April 2008 weigerten sich die NATO-Mitglieder in Bukarest, Georgien und die Ukraine in den *Membership Action Plan* (MAP) aufzunehmen. Im Abschlussdokument des Bukarester Gipfels wird der Ukraine und Georgien zwar die spätere Mitgliedschaft in der NATO zugesichert, doch das ist lediglich ein Trostpflaster für die Unterstützer beider Länder im Bündnis, namentlich die USA und die osteuropäischen Staaten, und heißt nicht mehr als „nicht heute und nicht unter diesen Umständen“.²¹ Die Hauptargumente der Skeptiker – darunter auch Deutschland – waren der Stand der Demokratie in beiden Ländern und die Konflikte in Georgien, wobei es ein offenes Geheimnis war, dass der „russische Faktor“ eine entscheidende Rolle spielte. Die Entwicklungen nach dem Gipfel widersprechen jedoch gerade der Logik beider Argumente: Kurz nach dem Beschluss von Bukarest eskalierte die Lage in den Konfliktgebieten, zunächst in Abchasien, später dann in Südossetien, und mündete schließlich in den militärisch ausgetragenen Konflikt mit Russland.²² Auch innenpolitisch ist mit einer Stärkung der NATO-Skeptiker und „Antiwestler“, diesmal vor allem in der Ukraine, aber auch in Georgien, zu rechnen. Diese Kräfte haben mit dem Bukarester Beschluss weitere Argumente dafür an die Hand bekommen, die liberale Demokratie und den Westen als „fremd“ und „unzuverlässig“ zu brandmarken.

Der Beschluss von Bukarest fördert weder die Lösung der Konflikte noch die Demokratisierung, von einer Normalisierung des Verhältnisses zu Russland ganz zu schweigen. Die weitere Demokratisierung und Liberalisierung Georgiens sowie eine friedliche Lösung der Konflikte sind ohne glaubwürdige Sicherheitsgarantien, die einen neuen Rahmen für eine stabile innenpolitische Entwicklung schaffen würden, undenkbar. Die Demokratie kann nicht überleben, wenn sie sich nicht als fähig und effizient erweist.

21 Vgl. Gipfelerklärung von Bukarest. Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 3. April 2008 in Bukarest, unter: http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Gipfelerklaerungen/GipfelerklBukarest__Seite.html.

22 Hochrangige russische Offiziere und Diplomaten hatten Georgien unter Verweis auf die Konfliktgebiete gemahnt, auf seine NATO-Ambitionen zu verzichten. Vgl. Russian Chief of Staff Warns Against NATO Expansion, in: Civil Georgia, 11. April 2008, unter: <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=17561>.